



Ausschuss für Finanzen

—

21. Sitzung, 02.06.2022

—

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

1. Unterrichtung über das Universitätsklinikum Magdeburg A.ö.R.

Selbstbefassung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **ADrs. 8/FIN/62**

Der Ausschuss für Finanzen führte in vertraulicher Sitzung eine Beratung durch und erklärte das Thema im Anschluss daran für erledigt.

2. Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes "Sanierung Küche", Pilotprojekt des Universitätsklinikums Magdeburg A.ö. R.

Befassung Ministerium der Finanzen - **ADrs. 8/FIN/68**

Nach erfolgter Berichterstattung durch die Landesregierung führte der Ausschuss für Finanzen eine Beratung durch. Es gab eine Verständigung, dass die Uniklinik Magdeburg die Antworten der vom Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt unbeantwortet gebliebenen Fragen zeitnah schriftlich nachreicht. Die Fragen werden der Uniklinik Magdeburg vom Landesrechnungshof schriftlich zugearbeitet.

Am 30. Juni 2022 wird sich der Ausschuss für Finanzen erneut mit diesem Thema befassen. Die Uniklinik Magdeburg wird zur Beratung eingeladen.

3. Betrug am Bund beenden - Zukunftsvertrag einhalten - Hochschulen und Studentenwerke verlässlich und auskömmlich finanzieren

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/232**

Der Ausschuss für Finanzen erarbeitete eine Beschlussempfehlung an den federführenden Ausschusses für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt. Er schloss sich der vorläufigen Beschlussempfehlung an.

4. Für ein willkommensfreundliches Sachsen-Anhalt - Geordnete Zuwanderung ermöglichen

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/235**

Der Landesrechnungshof regte an, in die Beschlussempfehlung einen 13. Punkt aufzunehmen und auch eine Berichterstattung durch die Landesregierung mit Terminsetzung zu beschließen.

Der Ausschuss für Finanzen schloss sich im Ergebnis seiner Beratung der vorläufigen Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an.

5. Wohnqualität und Infektionsschutz in stationären Pflegeheimen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe verbessern. Mindestbauordnung endlich umsetzen.

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/459**

Der Ausschuss für Finanzen erarbeitete eine Beschlussempfehlung an den federführenden Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Er schloss sich der vorläufigen Beschlussempfehlung an.

6. Bericht der Landesregierung nach § 34 a Abs. 3 LHO über die im Jahr 2021 abgeschlossenen Verträge Beratungsleistungen etc.

Befassung Ministerium der Finanzen - **ADrs. 8/FIN/67**

Der Landesrechnungshof teilte mit, dass nicht alle aufgeführten Beraterverträge dem Ausschuss vorlagen und die Tabelle unvollständig sei.

Das Ministerium der Finanzen wurde gebeten, die Hinweise des Landesrechnungshofes an die Ministerien weiterzuleiten und dem Ausschuss für Finanzen ein ergänzendes Schreiben zukommen zu lassen. Im Anschluss daran wird es eine weitere Beratung hierzu geben.

7. Vorlagepflicht von Verträgen, Studien oder Gutachten als Beratungsleistungen gemäß § 34a Abs. 2 LHO, Abschluss eines Rahmenvertrages mit Dataport A. ö. R. im Bereich der Digitalisierung

Befassung Ministerium der Finanzen - **ADrs. 8/FIN/66**

Der Ausschuss für Finanzen stimmte im Ergebnis seiner Beratung der Vergabe zu.

Das Ministerium für Infrastruktur und Digitales wurde gebeten, dem Ausschuss für Finanzen über das Ministerium der Finanzen halbjährlich eine Übersicht über den Mittelabfluss zur Verfügung zu stellen.

8. Endgültiger Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2021

Befassung Ministerium der Finanzen - **ADrs. 8/FIN/65**

Der Ausschuss für Finanzen nahm den Bericht der Landesregierung entgegen und erklärte das Thema im Ergebnis seiner Beratung für erledigt.

9. Unterrichtung des Ausschusses für Finanzen gemäß § 10 Abs. 3 LHO über die bevorstehende Gründung der IBG Risikokapitalfonds IV GmbH & Co. KG und der Ausschreibung des Beteiligungsmanagements der IBG

Befassung Ministerium der Finanzen - **ADrs. 8/FIN/69**

Nach erfolgter Berichterstattung durch die Landesregierung führte der Ausschuss für Finanzen eine Beratung durch und erklärte das Thema im Anschluss daran für erledigt.

10. Vergabeverfahren der Kartierleistungen zur Erhebung des High Nature Value Farmland Indicator (HNV-Farmland-Indikator) für die Jahre 2023 bis 2025 im Rahmen des ELER

Vorlagepflicht von Verträgen, Studien oder Gutachten als Beratungsleistungen gemäß § 34a Abs. 2 LHO

Befassung Ministerium der Finanzen - **ADrs. 8/FIN/70**

Im Ergebnis seiner Beratung stimmte der Ausschuss für Finanzen dem Beginn des Ausschreibungsverfahrens zu.

11. Haushaltsführung 2022 – Sperrvermerke für coronabedingte Ausgaben in den Einzelplänen

Befassung Ministerium der Finanzen - **ADrs. 8/FIN/71**

Gegenstand der Beratung waren die Vorlagen 1 und 2.

Der Ausschuss für Finanzen stimmte im Ergebnis seiner Beratung der Verausgabung der aufgeführten Mittel zu.

12. Haushaltsführung 2022 - Sperrvermerk für globale Mehrausgaben Ukraine-Krise (1302/971 09) – Aufhebung für besonders eilige Bedarfe

Befassung Ausschuss für Finanzen - **ADrs. 8/FIN/72**

Gegenstand der Beratung waren die Vorlagen 1 bis 5.

Der Ausschuss für Finanzen stimmte im Ergebnis seiner Beratung der Zuweisung der Mittel aus den Globalen Minderausgaben zu.

13. Unterrichtung über die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2022

Befassung Ministerium der Finanzen - **ADrs. 8/FIN/73**

Nach erfolgter Berichterstattung durch die Landesregierung führte der Ausschuss für Finanzen eine Beratung durch und erklärte das Thema im Anschluss daran für erledigt.

14. Verschiedenes

14.1 Schreiben an den Ausschuss für Finanzen

Der Vorsitzende informierte über das Schreiben des „Bündnisses altrechtliche Staatsleistungen abschaffen“.

Das Bündnis erhält eine Eingangsbestätigung mit dem Hinweis, dass weitere Aktivitäten abzuwarten bleiben.

14.2 Niederschriften

Nachfolgend aufgeführte Niederschriften wurden gebilligt:

- 10. Sitzung am 28.03.2022
- 11. Sitzung am 31.03.2022
- 13. Sitzung am 07.04.2022
- 14. Sitzung am 08.04.2022
- 15. Sitzung am 11.04.2022
- 16. Sitzung am 22.04.2022
- 17. Sitzung am 25.04.2022
- 18. Sitzung am 02.05.2022

14.3 Termine

Der Vorsitzende informierte über die Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport am 9. Juni 2022. Der Ausschuss für Finanzen wurde zum Tagesordnungspunkt 2 eingeladen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen findet am 30. Juni 2022 um 10 Uhr statt.

Der Minister der Finanzen informierte aufgrund einer Nachfrage der Fraktion der AfD über den favorisierten neuen Standort des Landeskriminalamtes. Der Ausschuss für Finanzen wird sich zu gegebener Zeit mit diesem Thema befassen.

Unter Bezugnahme auf die Intel-Ansiedlung und den Baubeginn im Frühjahr 2023 wurde das Ministerium der Finanzen gebeten, die Frage eines Ausschussmitgliedes aus der Fraktion der CDU, inwieweit es den Archäologen ermöglicht werden kann, bereits jetzt mit ihren Arbeiten zu beginnen, an die zuständigen Stellen weiterzureichen.

15. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Gesetze (Dienstrechtliches Änderungsgesetz - DRÄG LSA)

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 8/1137**

b) Änderung des Beamtengesetzes

Selbstbefassung Fraktion AfD - **ADrs. 8/FIN/64**

Im Ergebnis seiner Beratung erarbeitete der Ausschuss für Finanzen eine vorläufige Beschlussempfehlung an den mitberatenden Ausschuss für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz.

Petra Meier
Ausschussdienst